



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

1/KIL/30 - 5. Februar 1957

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21894-82
Fernschreiber 0886890

Hinweise
auf den Inhalt:

Bonn - Pankow - Moskau	S. 1
Norddeutschland - Exerzierfeld für Sowjetspionage	S. 3
Sorgen Pankows	S. 4
Schändlicher Mitgliederzuwachs der SPD	S. 6
Zugang gegen Adenauer	S. 7

Die Furcht vor dem "Sozialdemokratismus"

sp. Es war 1953 und es wird 1957 ein Kernstück der Regierung und der CDU-Propaganda sein, zu behaupten, die SPD sei für kommunistische Parolen und Moskauer Angebote mehr oder weniger anfällig. Das Arsenal der Anknüpfungsmittel von dieser Seite ist nicht sehr reichhaltig, so dass man sich nicht scheut, auch auf Waffen zurückzugreifen, die altmodisch und schartig geworden sind und von denen man sich eigentlich keine besondere Wirkung mehr erhoffen sollte.

"Ulbricht hofft auf SPD-Regierung", so oder ähnlich lauteten dieser Tage Schlagzeilen in CDU-Zeitungen. Man stützt sich dabei auf eine Rede, die der 1. Sekretär der SED in Berlin gehalten und in der er sein Wiedervereinigungsprogramm nach altem Muster und nur mit einigen belanglosen Korrekturen früherer Vorschläge bekanntgegeben hat. Manche dieser Zeitungen haben überhaupt nicht, einige ganz unauffällig und sichtbar mit schlechtem Gewissen, die Erklärung des Pressechefs der SPD, Fritz Heine, hinzugefügt, die SPD lehne diese Parolen ab und Pankow werde ausserdem als Partner für ein solches Gespräch nicht anerkannt.

Es war bezeichnend für eine grosse nicht parteigebundene Zeitung wie die "Frankfurter Allgemeine", die genau den entgegengesetzten Eindruck hatte, als sie schrieb, aus der Rede Ulbrichts sei zu entnehmen, dass er eine neue Barriere für die Lösung des deutschen Problems für den Fall aufrichtet, dass die Sozialdemokratie nach der Bundestagswahl die Regierung übernehmen und den Austritt der Bundesrepublik aus der NATO erstreben sollte. Auch hatte Ulbricht für den Fall eines Wahlsieges

der SPD ausdrücklich einen Unterschied zwischen der Führung der Partei und der "Arbeiterklasse" gemacht, ausgehend von der Illusion, oder besser dem Täuschungsversuch, als gebe es zwischen beiden einen solchen Auffassungsunterschied in der Bewertung der SED. Auch in dieser Behauptung liegt also im Grunde das Eingeständnis, dass die SPD die SED als ihren gefährlichsten Gegner ansieht. Das ist nichts Neues. Der Kampf gegen das Gespenst des "Sozialdemokratismus" steht nach wie vor im Mittelpunkt des kommunistischen Abwehrkampfes und der Bemühungen des Ulbricht-Regimes, sich über die Strecke zu retten.

Ganz anders ist das Verhältnis zwischen Moskau und der Deutschen Sozialdemokratie zu sehen. Seit dem 20. Parteikongress der KPdSU ist in Russland selbst wie in den westlichen Nachbarländern eine Auflockerung eingetreten, die auch in gewissen Kreisen der Sowjetunion die Form einer Art "Knochenerweichung" angenommen hat, vom Standpunkt eines orthodoxen Bolschewisten aus gesehen. Es ist klar, dass solche Entwicklungen in gewisser Beziehung zu dem stehen, was Moskau unter dem reformistischen Sozialdemokratismus versteht. Die bürgerlich-reaktionäre Denkweise, um die bolschewistische Terminologie zu gebrauchen, ist in ihrer antipodenhaften Gegensätzlichkeit ungefährlich.

Abgewandelt gilt das auch für aussenpolitische Fragen, etwa die der deutschen Wiedervereinigung. Solange die Sowjets diesem Problem so negativ gegenüberstehen, wie es noch zur Zeit der Fall ist - im Zuge der letzten Jahre boten sich mehr als einmal bessere Chancen, nachzulesen etwa in dem Buch von Paul Sethe "Zwischen Bonn und Moskau" - ist für nicht unwillkommenen Partner die gegenwärtige Bundesregierung und die sie tragende CDU. Ihre gerade wieder in der letzten aussenpolitischen Bundestagsdebatte sichtbar gewordene Einstellung kommt insoweit der russischen Intransigenz nur entgegen. Der überraschende Berliner Ausflug Adenauers in einen himmelblauen gesamtdeutschen Optimismus ist ein absoluter Einzelvorgang, der am Gesamtbild nichts ändert. Bedenklich für Moskau wird die ganze Sache erst, wenn solche Vorwände für die eigene Hartnäckigkeit, wie die Bonner Regierung sie immer wieder liefert, mehr oder weniger entfallen, wenn auf der Grundlage von realistischen Voraussetzungen Gespräche geführt werden und ein Ausweichen für die Sowjets immer schwieriger wird. Diese Situation aber wird erst eintreten, wenn die SPD massgebend an der Regierung beteiligt ist.

5. 2. 1957

Spionage am laufenden Bande

R.H., Stockholm, Anfang Februar

Nordeuropa scheint eines der bevorzugten Exerzierfelder der Sowjetspionage zu sein. In der letzten Januarwoche sind gleich zwei neue Spionagefälle aufgedeckt worden, einer in Kopenhagen, der andere in Stockholm.

Oberst Rogov, der sowjetische Militärattaché in Kopenhagen, scheint ausgesprochenes Pech gehabt zu haben. Sein Wissensdurst stiess bei den Dänen auf keine Gegenliebe. Rogov wurde schon längere Zeit beobachtet und H.C. Hansen hat nun in seiner Eigenschaft als dänischer Aussenminister veranlasst, dass Rogov die Aufenthaltserlaubnis nicht mehr verlängert wird. Zwei Dänen, die bei der Wehrmacht zivilangestellt waren und die Annäherungsversuche Rogovs ihren Vorgesetzten nicht angezeigt hatten, müssen ihre Unterlassungsstrafe mit ihrer Entlassung büssen.

Der Stockholmer Spionagefall ist ernsthafter. Der armenische Türke Zartaryan, dem Schweden 1952 Asyl gewährt hatte, hat an seinem Arbeitsplatze - einem die Wehrmacht beratenden Ingenieurbüro - Pläne unterirdischer Militäranlagen entwendet und dem sowjetischen Nachrichtendienst zur Verfügung gestellt. Seine Vorgesetzten, zwei schwedische Ingenieure, werden sich wegen fahrlässiger Aufbewahrung militärischer Geheimakten zu verantworten haben.

In einer anderen Spionagesache, welche um Weihnachten in Göteborg aufgeklappt ist, wahren die Behörden noch Verschwiegenheit. Es handelt sich um einen in Russland geborenen Schweden, der als Zeichner für Schiffsmaschinen, Ventilations- und Radar-Anlagen bei verschiedenen Firmen angestellt war. Man vermutet offenbar grössere Zusammenhänge.

Kaum ein Vierteljahr zuvor war, ebenfalls wegen des Verrats von Radargeheimnissen, der Sowjetspion Anatole Ericsson in Stockholm verhaftet worden. Er hatte bei dem Elektrikkonzern L.M. Ericsson leicht Zugang zu Zeichnungen und Beschreibungen, deren Freigabe kostspielige Änderungen militärischer Radaranlagen - im Erkundungsdienste und bei der Fernsteuerung von Raketen - erfordert.

Nicht viel besser ist die Situation in Norwegen. Einer der grös-

ten Spionagefälle Nordeuropas kam z.B. 1954 in Oslo ans Licht. Die grosse Spionagegruppe hatte unter Leitung des Kommunisten Asbjörn Sundø ihr Netz von Nordnorwegen bis Oslo gespannt. In Finnland sind während der letzten zwei Jahre nicht weniger als dreissig Spionagefälle aufgefliegen, die allerdings meist karelische Grenzgänger mit begrenzten Möglichkeiten betrafen.

Angesichts dieser Erfahrungen fällt es den Bewohnern Nordeuropas nicht schwer, aus den Moskauer Schmelzen den falschen Ton herauszuhören.

+ + +

Ulbricht braucht stärkere Armee

E. Z. Berlin

Es ist kein Zufall, dass sich die am Wochenende abgeschlossene Geheimtagung des 30. ZK-Plenums in Pankow, deren Hauptaufgabe in der Auseinandersetzung mit der bis weit in die Funktionärsschichten vorgedrungenen Zersetzung der SED bestand, auch mit der Frage von Gegenmassnahmen befassen musste. Es ist ein Eingeständnis der kritischen Situation, wenn an die Spitze der Veröffentlichungen über diese Sitzung der SED-Führung die Mitteilung gestellt wird, dass die bewaffneten Kräfte der Sowjetzone, "Nationale Volksarmee", "Volkspolizei" und "SED-Kampfgruppen" wesentlich verstärkt werden sollen, um, wie es wörtlich heisst, "eventuelle konterrevolutionäre Provokationen im Keim ersticken, unterdrücken oder zerschlagen zu können". Es wurde nicht nur die Auffüllung der sowjetzonalen Armee mit neuen Kräften aus den Reihen der Jugend angekündigt, sondern auch die Entlassung von NVA- und KVP-Mitgliedern, die ihre vierjährige Dienstzeit erfüllt haben.

Was man unter "konterrevolutionären Provokationen" in Pankow versteht und fürchtet, ist nach den Vorgängen in Ungarn und Polen klar, wobei bezüglich Polen nicht unerwähnt bleiben darf, dass zwar nicht offiziell, aber parteiintern die politische Fende in Warschau als "im Kern konterrevolutionär" bezeichnet wird. Die Zersetzung und damit die Machtlosigkeit der SED-Kader lassen Pankow nur den einen Ausweg, durch Drohung mit drakonischen Gewaltmassnahmen jede revolutionäre Bewegung gegen das Regime unmöglich zu machen. Dass freilich diese Politik der Brachialgewalt die im oppositionellen Lager stehende Arbeiterschaft der Zone und ihren Kampf gegen das Regime in den Betrieben nicht

5. 2. 1957

einschüchtern wird, dürfte auch dem ZK der SED klar sein. Der auf der Betriebsebene, an den Arbeitsplätzen geführte Widerstandskampf, der seit langem zu einer revolutionären Bewegung im Stillen geworden ist, kann durch die Panzer und Geschütze der NVA solange nicht eingedämmt werden, wie sich die Arbeiter nicht provozieren lassen. Gerade aber der tragische Ausgang der ungarischen Revolution und die Lehren von Warschau wie auch die eigenen Erfahrungen am 17. Juni 1953 müssen alle Versuche der Provokateure in den Reihen der SED zum Scheitern bringen.

Die Verstärkung des sowjetzonalen Militärs kommt nicht überraschend, da bereits einige Tage vor Zusammentritt des ZK-Plenums des SED-Zentralorgans die "weitere Verstärkung der Verteidigungsbereitschaft" angekündigt hatte. Allerdings war dies mit dem Hinweis auf eine Verschärfung der internationalen Lage durch angebliche imperialistische Pläne eines bewaffneten Angriffes auf die Sowjetzone geschehen. Dass die in Bonn jetzt wieder beschleunigten Aufrüstungsmaßnahmen dem Parkower Regime als Feigenblatt für die Verstärkung des eigenen militärischen Diktaturinstrumente dienen können, kommt Ulbricht mehr als gelegen.

Pankow wird aber auch eine andere Sorge nicht los. Honecker erklärte vor dem ZK, diese Stärkung der militärischen Kader dürfe nicht auf Kosten der politischen Zuverlässigkeit erfolgen. Auch hier klingt die Ausstrahlung der ungarischen Vorgänge an. Honeckers Warnung steht im krassen Gegensatz zu einer Behauptung des "Neuen Deutschland" über die "solide technische Ausrüstung, den hohen Ausbildungsstand und die unerschütterliche Kampfmoral" der sowjetzonalen Streitkräfte.

Die zunehmende Entmachtung des Ulbricht-Regimes durch den Widerstandskampf der breitesten Volksmassen findet nämlich auch ihren Ausdruck in der Ablehnung der NVA und KVP durch die Jugend und in der Zersetzung der militärischen Kader. Während der Tage der ungarischen Revolution wurde diese Zersetzung sichtbar. Die in diesen Tagen verhängte Alarmbereitschaft und damit verbundene Ausgangssperre sowie die nicht seltene Verlegung von NVA-Einheiten hat zu entsprechenden Reaktionen der NVA-Angehörigen geführt, die die Einheitsführer in zahlreichen Fällen zu drakonischen Strafen zwangen, um die Disziplin aufrecht erhalten zu können. Die NVA-Angehörigen, die bei einer Verlegung ihrer Einheit in der damaligen kritischen Zeit an einen Einsatz ihrer Truppe

in "volkseigenen" Betrieben zur Einschüchterung der Arbeiterschaft glaubten, liessen ihre Unteroffiziere und Offiziere in einigen Fällen nicht im unklaren darüber, dass sie niemals auf deutsche Arbeiter schiessen würden.

Die Verstärkung der militärischen Kader Pankows wird dadurch zu einem besonders schwierigen Problem. Die Aufzucht der NVA aus den Reihen der Jugend muss eine fragwürdige Angelegenheit bleiben, solange die Jugendlichen nur unter Druck in die KVP- oder NVA gepresst werden können.

+ + +

Die Partei des Vertrauens

sp. Im vergangenen Jahr hat sich der Mitgliederstand der Sozialdemokratie um 41.850 erhöht. Der Zuwachs kommt aus allen Bevölkerungsschichten, wenngleich Arbeiter und Angestellte mit rund 29.000 das Hauptkontingent stellen - der Rest von fast 12.000 verteilt sich auf Rentner, Beamte, Handwerker, Geschäftsleute, Landwirte, freie und geistige Berufe und Hausfrauen. Dem Zuwachs ging keine besondere Werbekampagne voraus, auch beschränkt er sich nicht auf ein besonderes Land oder auf einen bestimmten Zeitabschnitt. Er hielt das ganze Jahr hindurch an, die prozentuale Aufschlüsselung nach Monaten und Ländern ergibt nur geringfügige Unterschiede.

Dies ist wohl neben den Ergebnissen bei den letzten Gemeindevahlen der überzeugendste Beweis für das wachsende Vertrauen, das die deutsche Sozialdemokratie unter der Bevölkerung findet. Ihr Schwerpunkt liegt bei der Arbeiterschaft, aber daneben erblicken in steigendem Masse auch die anderen Schichten unseres Volkes in der Sozialdemokratie ihre politische Heimat. Doch noch eine andere Tatsache ist höchst bedeutsam: die älteste Partei Deutschlands, die auf eine fast hundertjährige Vergangenheit zurückblicken kann, hat die stärkste Anziehungskraft auf die Generation der 20- bis 50jährigen aus. Mit rund 30.000 stellt sie den weitaus grössten Teil des Mitgliederzuwachses, wie sie sich auch mehrheitlich bei den letzten Kommunalwahlen für die Sozialdemokratie entschied.

Die Sozialdemokratie ist heute das Sammelbecken aller der Zukunft zugewandten Kräfte unseres Volkes. In ihr verkörpert sich die Hoffnung auf ein sozial aufgeschlossenes, freiheitlich gesinntes und in Frieden wiedervereinigtes Deutschland. Auf dem Weg zur stärksten Führungskraft in der deutschen Politik findet die Sozialdemokratie Unterstützung aus allen Schichten unseres Volkes.

Für nebenbei: Mit grossem Taktum hatte die CDU eine Mitgliederwerbung angekündigt. Sie war ein völliger Misserfolg. 300.000 sollten als Mitglieder geworben werden, nur 5000, also nicht einmal drei Prozent, stiessen zu den ohnehin gelichteten Reihen der Kanzlerpartei hinzu. Auch diese Tatsache spricht für sich.

+ + +

Aussenpolitische Debatte "en miniature"

D.Str. Es gehört zu den Lieblingsthemen der CDU/CSU zu behaupten, die deutsche Jugend bejahe die Politik der Stärke des Kanzlers "aus Vernunftsgründen".

Wie sehr diese Behauptung einer Grundlage entbehrt, zeigte eine aussenpolitische Debatte en miniature, eine Diskussion, zu der die Bundesgeschäftsstelle des "Ringes politischer Jugend" in Bonn eingeladen hatte. Zur Debatte stand das Thema "Deutschland zwischen den Grossmächten". Für die CDU/CSU sprach der Bundestagsabgeordnete Alois Lenz, für die SPD der Bundestagsabgeordnete Heinz Pöhler, für die FDP deren aussenpolitischer Referent in Bonn, Schulze.

Während der Vertreter der CDU/CSU die politische Linie vertrat, die von Aussenminister von Brentano, Kiesinger und Strauß während der Debatte am 31. Januar 1957 im Bundestag gezeichnet wurde, sahen Pöhler und Schulze die Politik ihrer Parteien unter dem Nutzeffekt für die Wiedervereinigung Deutschlands. Die Ausgangspunkte waren also abgesteckt und die Diskussion begann gleich mit einem heftigen Angriff gegen die Politik des Bundeskanzlers im Hinblick auf seinen für Deutschland so unheilvollen Sackzack-Kurs.

Es fiel auf, dass einige Diskussionsredner, die das Zeichen studentischer Korporationen trugen und bisher innerhalb der Hochschulen als treue Vasallen des Kanzlers und der CDU galten, in der Aussprache und bei Zwischenrufen scharf mit der Aussenpolitik der Bundesregierung im Bericht gingen. Diese Veranstaltung des Ringes politischer Jugend versammelte politisch aufgeschlossene junge Menschen, und die CDU/CSU trat als politisch angeschlagen von dieser Bühne ab. In der Jugend hat ihre Politik keine Resonanz.

+ + +

Hartes Urteil

Aussenminister von Brentano hielt (aus Anlass der aussenpolitischen Debatte/Anmerkung der Redaktion) eine der unqualifiziertesten pro-amerikanischen Reden, die in den letzten Monaten von führenden Persönlichkeiten Westdeutschlands gehalten worden sind.

Während Mr. von Brentano schon lange Zeit als eine der treuesten pro-westlichen Paladine in Kanzler Adenauers Kabinett galt, weiss man nun, dass seine betort pro-amerikanische Rede zum Teil von einer Reihe von interessanten innenpolitischen Entwicklungen in der Bundesrepublik diktiert wurde. Bemerkenswerterweise stand seine Ansprache mit einigen kürzlich erfolgten Erklärungen Adenauers im Gegensatz. Seit den terminlichen Näherdrücken der westdeutschen Wahlen im nächsten Herbst verfolgt Dr. Adenauer eine weniger pro-amerikanische als flexible Linie in aussenpolitischen Angelegenheiten.

"New York Times"

+ + +
Verantwortlich: Günter Merkschaffel